

Polarisierende Konvergenz

Zur Ost-West-Diskrepanz privater Vermögensverhältnisse

Ulrich Busch

Vermögensaufbau und Vermögensverteilung

Thomas Piketty zufolge wurde „die Frage der Vermögensverteilung“ von den Ökonomen lange Zeit vernachlässigt. Mit der spürbaren Zunahme der Ungleichheit in der Gesellschaft habe sie heute aber wieder deutlich an Interesse gewonnen (Piketty 2014: 32). Bezeichnend dafür ist die von Paul Krugman (2002) und anderen Ökonomen, Sozialwissenschaftlern und Publizisten angestoßene Debatte um die „Top 1 Prozent“ in den USA, die Charakterisierung des gegenwärtigen Gesellschafts-systems als „patrimonialer Kapitalismus“ und „Plutokratie“ sowie die unter anderem von Joseph Stiglitz (2012) und Hans-Ulrich Wehler (2013) geführte Diskussion über die Verteilung des Reichtums in den westlichen Gesellschaften und in der Welt.

Im Lichte dieser Debatten wurde evident, dass es nicht allein die Einkommen sind, wovon die Lebenslage und die Lebensbedingungen der Menschen, ihre Chancen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten abhängen, sondern auch die Besitzverhältnisse und die Vermögensausstattung der privaten Haushalte, welche maßgeblich über die Lebensqualität und die Zukunftschancen bestimmen. Nach fast vier Jahrzehnten neoliberaler Politik haben sich nicht nur die realen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gewandelt und ist der Kapitalismus ein anderer geworden¹. Es beginnt auch die „integrative Sozialerzählung des Kapitalismus“ von der Chancengleichheit aller sich allmählich aufzulösen und „liberale Rechtfertigungswörter“ wie Leistung, Anerkennung, Chance, Begabung, Bildung, Verdienst, Effizienz, Freiheit, Glück etc. verlieren ihren Anspruch und ihren Wahrheitsgehalt (Rilling 2014: 90f.). Infolge einer zunehmend ungleichen Vermögensverteilung herrscht in allen Bereichen eine extreme Ungleichheit, in der Wirtschaft ebenso wie im Sozialen und in der Politik. Dies gilt global, aber auch für die innere Struktur moderner Gesellschaften, deren Reichtum mehrheitlich einer kleinen Gruppe von Superreichen gehört, die dadurch zunehmend die gesamte Gesellschaft beherrscht.

Die Bundesrepublik Deutschland bildet in dieser Hinsicht keinen Extremfall, aber auch keine Ausnahme: 2010 gehörten rund zwei Drittel des akkumulierten Privatvermögens den reichsten zehn Prozent aller Haushalte. Beim reichsten 1 Prozent befanden sich 35,8 % des Vermögens, „mehr als bei 90 Prozent unterhalb dieser Spitzenposition“ (Wehler 2013: 73). Das bedeutet eine enorme Konzentration von gesellschaftlichem Reichtums in den Händen einer absoluten Minderheit. Auf der anderen Seite aber gibt es immer mehr Arme und verschuldete Haushalte in Deutschland. Mehr als 12 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des mittleren Einkommens und verfügen faktisch über kein Vermögen. Rund 6,6 Millionen Menschen sind überschuldet. Hieran gemessen ist die Anzahl der überproportional Vermögenden verhältnismäßig klein:

¹ Es wird davon ausgegangen, dass sich der postfordistische, von den Finanzmärkten dominierte Kapitalismus der Gegenwart, wie er sich seit den 1970er Jahren herausgebildet hat, in wesentlichen Aspekten vom fordistischen „Teilhabekapitalismus“ und vom „Sozialstaat“ der Nachkriegsära unterscheidet (vgl. Busch/Land 2013; Streeck 2013; Bischoff 2015; Schultz 2015).

Nicht mehr als 100 Milliardäre und 345.000 Millionäre bildeten 2012 die vermögende Oberschicht in Deutschland (Wehler 2013: 74). Andere Rechnungen gehen von mehr als einer Million Millionärs- und 239.407 Multimillionärshaushalten aus (Westermeier/Grabka 2015: 126). Ihr Reichtum beruht vor allem auf dem Besitz von Produktivkapital, Immobilien und Finanzanlagen.

Zwischen Reichen und Armen gibt es in Deutschland eine gut situierte *Mittelschicht*, deren Vermögen überwiegend aus Wohneigentum und Geldvermögen besteht. Legt man einer komparativen Analyse die Durchschnittswerte der Individuen bzw. Haushalte zugrunde, so wird jedoch sehr schnell evident, wie stark sich die Mittelschicht von den wirklich Vermögenden unterscheidet: So lag das individuelle Nettovermögen eines Angestellten mit qualifizierter Tätigkeit 2012 bei 83.039 €, das eines Angestellten mit Führungsaufgaben bei 209.096 € und das eines Beamten im höheren Dienst bei 113.810 €. Selbständige ohne Mitarbeiter verfügten über 172.334 €, Selbständige mit bis zu neun Mitarbeitern über 329.044 €. Bei den Vermögenden im obersten Perzentil hingegen lag der durchschnittliche Vermögenswert bei 817.279 €, bezogen auf das Haushaltsnettovermögen waren es sogar 1.929.344 €. Für die Milliardäre lautet der Durchschnittswert aber 34.300.000.000 €. Das entspricht mehr als dem 400.000-fachen des durchschnittlichen individuellen Nettovermögens in Deutschland (Grabka/Westermeier 2014: 161; Westermeier/Grabka 2015: 126f.).

Da die Eigentümer großer Vermögen überwiegend in Westdeutschland leben oder Westdeutsche sind, besitzt die Vermögensungleichheit in Deutschland nicht nur eine soziale, sondern auch eine *regionale* Dimension. Dies gilt jedoch nicht nur zum Zeitpunkt der Vereinigung, sondern auch fernherhin und ist daher offenbar ein Phänomen von Dauer. So unterscheiden sich beide Landesteile auch fünfundzwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung nirgendwo stärker als in ihren Vermögensverhältnissen. Im Unterschied zu anderen Indikatoren ist hier so gut wie keine Konvergenz auszumachen. Die Diskrepanz bei den privaten Vermögen gehört zu den konsistenten regionalen Unterschieden in Deutschland. Sie spaltet die Nation, indem sie die Lebensweisen in Ost und West verschiedenartig prägt, die verfassungsmäßig verbürgte Chancengleichheit systematisch untergräbt und die vollständige Integration der neuen Länder nachhaltig behindert. Erst ihre Überwindung würde den Weg frei machen für die Vollendung der deutschen Einheit.

Im vereinigten Deutschland vollzieht sich seit nunmehr zweieinhalb Jahrzehnten ein kontinuierlicher Aufbau privater Vermögen. Dieser betrifft die Schaffung von Wohneigentum, den Erwerb von sonstigen Immobilien und anderen Anlagegütern, von bebautem Land und von Gebrauchsvermögen als *realer* Komponenten sowie die Zunahme des Nettogeldvermögens als *nominaler* Komponente. Insgesamt hat sich der Umfang der privaten Vermögen seit 1991 mehr als verdoppelt. Er machte 2013 mit 10.709 Mrd. Euro rund 85,2 % des Volksvermögens aus (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Vermögen privater Haushalte* 1999 bis 2013 (Jahresende) in Mrd. Euro

Vermögensart	1999	2002	2004	2007	2010	2013
Sachanlagen ¹	3.033,7	3.208,2	3.326,8	3.738,8	4.033,8	4.475,0
Geistiges Eigentum	12,8	14,4	15,1	16,4	17,2	18,5
Bebautes Land	1.035,4	1.265,4	1.415,7	1.520,9	1.588,7	1.768,5
Geldvermögen ²	3.445,2	3.562,9	3.950,6	4.417,2	4.557,2	5.020,8
Aktiva (brutto)	7.527,1	8.051,0	8.708,2	9.693,3	10.196,9	11.282,7
Kredite u. sonst. Verbindlichkeiten	1.469,1	1.553,2	1.574,9	1.546,9	1.534,9	1.579,4
Reinvermögen	6.058,0	6.497,8	7.133,3	8.146,4	8.662,0	9.703,3
Gebrauchsvermögen	828,0	874,8	883,7	916,5	950,3	1.005,5
Reinvermögen ³	6.886,0	7.372,6	8.017,0	9.062,9	9.612,3	10.708,8

1) Ausrüstungen, Bauten, Nutztiere und Nutzpflanzen.

2) Bargeld, Einlagen, Wertpapiere, Beteiligungen, Pensionsrückstellungen und sonst Forderungen.

3) Reinvermögen einschließlich Gebrauchsvermögen.

* Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank 2014: 10f., eigene Darstellung.

Die größte Transparenz weist die Entwicklung der *Geldvermögen* auf. Anhand dieser Daten lässt sich die Dynamik der privaten Vermögensakkumulation seit der Wiedervereinigung ablesen: Seit 1991 haben sich die Nettogeldvermögen in nominaler Rechnung fast verdreifacht (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Geldvermögen der privaten Haushalte 1991 bis 2014 in Mrd. Euro

Jahr	Bargeld + Sichteinlagen	Wertpapiere	Anteilsrechte (Aktien, Investmentzertifikate)	Geldvermögen	Kredite + sonst. Verbindlichkeiten	Nettogeldvermögen
1991	180,3	266,0	294,5	2.019,2	823,8	1.195,4
1995	248,4	348,3	489,3	2.699,1	1.149,8	1.549,3
2000	340,3	362,5	980,7	3.637,2	1.494,8	2.142,4
2007	649,3	297,1	1.066,0	4.476,2	1.546,9	2.929,3
2010	914,1	254,1	858,0	4.654,4	1.534,8	3.119,5
2012	922,7	200,1	820,2	4.664,5	1.553,4	3.111,1
2014	1.110,2	162,2	951,4	5.072,4	1.584,4	3.488,0

Quelle: Deutsche Bundesbank 2004: 27, 68; 2013a: 46f.; 2015/5: 57*.

Die in den Daten der Tabellen 1 und 2 zum Ausdruck kommende Entwicklungsdynamik der privaten Vermögen² gilt gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland. Fragt man jedoch nach dem Anteil der neuen Bundesländer am Gesamtvermögen in Deutschland, so zeigt sich, dass dieser, gemessen an der Einwohnerzahl, durchweg *unterproportional* ausfällt und sich daran im Zeitverlauf, und das ist der eigentlich überraschende Befund, kaum etwas verändert hat. Während der Bevölkerungsanteil der neuen Länder 1991 bei 19,0 %, 1995 bei 18,1 %, 2000 bei 16,9 %, 2010 bei 15,8 % und zuletzt bei 15,5 % lag, betrug der Anteil der ostdeutschen Haushalte am privaten Gesamtvermögen durchweg signifikant weniger als 10 %. Selbst nach 25 Jahren und unter Einrechnung Berlins, wodurch sich der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung auf fast 20 % erhöht, beträgt der ostdeutsche Anteil am Nettogesamtvermögen kaum 10 % und ist das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen immer noch „um mehr als die Hälfte niedriger“ als das der Westdeutschen (Grabka/Westermeier 2014: 151). Dieses auffällig starke und gegenüber anderen Indikatoren sichtbar kontrastierende Gefälle zwischen den beiden Landesteilen ist bemerkenswert und soll deshalb in den folgenden Abschnitten einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

Zunahme der Ungleichheit und West-Ost-Gefälle

Der Analyse der Vermögensentwicklung in Ost- und Westdeutschland seit 1990 sollen einige Überlegungen zu den Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen einer Angleichung der Vermögenssituation in beiden Landesteilen vorangestellt werden. Diese beziehen sich *erstens* auf die histori-

² Private Haushalte besitzen typischerweise Immobilien-, Geld- und Gebrauchsvermögen. Darüber hinaus lassen sich Humanvermögen, Anteile am Produktivvermögen (Betriebsvermögen) und an natürlichen Ressourcen sowie Anwartschafts- bzw. Versorgungsvermögen erfassen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes unterscheiden aber nur zwischen Geld- und Wohn- bzw. Immobilienvermögen sowie Schulden, woraus sich das Netto- oder Reinvermögen der Haushalte errechnet.

schen Voraussetzungen und unterschiedlichen Rahmenbedingungen, wie sie die jeweilige Gesellschaftsordnung mit sich gebracht hat: Während die private Eigentums- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik den Aufbau privater Vermögen, großer wie kleiner, außerordentlich begünstigte und der Staat dies ideologisch wie finanziell stets gefördert hat (vgl. GG: Art 14), verhielt sich die staatssozialistische Ordnung der DDR privatem Eigentum gegenüber äußerst distanziert. Der Akzent der Vermögensakkumulation lag hier eindeutig auf dem als „Volkseigentum“ apostrophierten Staatsvermögen. Private Vermögen wurden demgegenüber „klein“ gehalten und waren auf den persönlichen Besitz von Immobilien und Gebrauchsgütern sowie Geldersparnisse beschränkt (Verfassung 1980: Art. 11). In der Wirtschaft galten diesbezüglich besonders strikte Einschränkungen und Restriktionen. Die DDR war mithin nicht nur ein „Staat der kleinen Leute“ (Günter Gaus); diese Leute waren zudem auch verhältnismäßig arm, da fast ihr gesamter Reichtum im akkumulierten Volksvermögen steckte. Während die Menschen in der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg private Vermögen ansammeln konnten, Geldvermögen seit der Währungsreform von 1948, Immobilien- und Produktivvermögen auch schon vorher, waren die Voraussetzungen dafür in der DDR von Anfang an und bis zuletzt sehr viel ungünstiger.

Die ungleichen Bedingungen der Vermögensakkumulation fanden in komparativen Vermögensrechnungen, wie sie in den 1990er Jahren ansatzweise erstellt worden sind, ihren Niederschlag (vgl. Huster 1993; Thiemann 1996: 21ff.; Faik 1997; Busch 1996). Danach betrug das Nettogesamtvermögen je Einwohner und je Haushalt in der DDR im Durchschnitt jeweils weniger als *ein Drittel* des westdeutschen Wertes. Am auffälligsten ist die Diskrepanz beim Grund-, Haus- und Wohnvermögen, wofür nicht zuletzt unterschiedliche Methoden bei der Wertermittlung ausschlaggebend waren. Beim Nettogeldvermögen betrug die Relation 0,28 bzw. 0,32. In Anbetracht der Tatsache, dass die Ost-West-Relation der wirtschaftlichen Leistungskraft (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen) 1989 bei 0,56 bzw. 0,45 lag und die Relation der Konsumausgaben bei 0,57 (Heske 2009: 302, 304), sind diese Größenordnungen plausibel. Die Gegenüberstellung der Daten der Tabellen 3 und 4 vermittelt ein ungefähres Bild über die Vermögensverhältnisse in Ost und West im Jahr vor der Vereinigung.³

Tabelle 3: Vermögen privater Haushalte in der DDR (in Mark der DDR) 1989

DDR	Gesamtvermögen (Mrd. Mark)	Vermögen je Einwohner (Mark)	Vermögen je Haushalt ¹ (Mark)
Grund-, Haus- und Wohnvermögen ²	195,5	11.800	29.800
Gebrauchsvermögen ³	330,0	19.000	50.300
Geldvermögen ⁴	194,5	11.800	29.600
- darunter Bargeld ⁴	17,0	1.000	2.600
Summe	720,0	43.500	109.700

³ Dieser Vergleich unterstellt eine ungefähre Parität der Kaufkraft von Mark der DDR und D-Mark (vgl. Sinn/Sinn 1992: 54f.). Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass sich die Kaufkraft beider Währungen auf differente Warenkörbe bezog und es sich um qualitativ inkommensurable Währungen gehandelt hat, einmal um eine Binnenwährung und das andere Mal um eine konvertible Weltwährung. Die hier erfolgte Gleichsetzung der Währungen ist natürlich problematisch, anders aber lässt sich ein Vergleich der privaten Einkommens- und Vermögensverhältnisse m.E. nicht plausibel vornehmen. Eine Analyse dagegen, wie sie schon Oskar Schwarzer 1995 versucht hat (Schwarzer 1995) und wie sie jüngst Michael Fritsch im „Handbuch Transformationsforschung“ anstellt, indem er davon ausgeht, dass das ostdeutsche Lohnniveau im ersten Halbjahr 1990 „bei etwa 7 Prozent des westdeutschen Niveaus“ (Kollmorgen et al. 2015: 771) gelegen habe, kommt zwangsläufig zu gänzlich anderen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Vermögensumfangs der ostdeutschen Haushalte vor und nach der Vereinigung. Inwieweit diese realistisch sind, soll dahingestellt bleiben. M.E. sind sie ebenso phantastisch wie unzutreffend. Danach sollen die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland innerhalb eines Jahres „um mehr als 500 Prozent“ angestiegen sein (ebd.). Ähnliches würde für die privaten Vermögen gelten – eine Auffassung, die nach den Kriterien solider Forschung jedoch nicht geteilt werden kann.

- 1) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,53 Personen.
- 2) Schätzung auf Basis von Laue 1995: 492 unter Annahme einer Verdopplung des Verkehrswertes nach 1990.
- 3) Schätzung auf Basis der Berechnungen von Müller 1987: 96. Legt man dafür die von Piketty (2014: 236) angeführte Relation von 30 bis 50 Prozent des Nationaleinkommens zugrunde, so erweist sich diese Wertangabe allerdings als überhöht.
- 4) Statistisches Amt 1990: 303; Deutsche Bundesbank 1990: 16.

Tabelle 4: Vermögen privater Haushalte in der BRD (in D-Mark) 1989

BRD	Gesamtvermögen (Mrd. D-Mark)	Je Einwohner (DM)	Je Haushalt ¹ (DM)
Grund-, Haus- und Wohnvermögen ²	5.201,0	84.600	189.800
Gebrauchsvermögen ³	1.705,7	27.600	61.200
Gebrauchsvermögen, netto	950,5	15.400	36.600
Geldvermögen ⁴	2.832,2	45.600	101.900
Geldvermögen, netto ⁴	2.584,3	41.600	93.000
Betriebsvermögen ⁵	900,0	14.500	32.400
Summe (netto)	9.635,8	156.100	351.800

- 1) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,38 Personen.
- 2) 1988, Preisbasis 1991, Sachwertkonzept (DIW 4/1996: 63).
- 3) Bedau 1998: 43 (vgl. Deutsche Bundesbank 1993: 29).
- 4) DIW 25/1995: 439; Bedau 1998: 30.
- 5) Fortschreibung nach Miegel 1983: 76ff., DIW 30/1996: 502.

Zweitens ist daran zu erinnern, was 1990 und danach aus den in Tabelle 3 erfassten Vermögenswerten geworden ist. Auch wenn es hierzu differierende Ansichten gibt⁴ und die Umstellung der Währung zum 1. Juli 1990 faktisch mit einem Aufwertungseffekt verbunden war, so besteht doch Einigkeit darüber, dass im Zuge der Vereinigung ein gewaltiger *Entwertungsprozess* stattfand, der insbesondere das Produktvermögen, darüber hinaus aber auch alle privaten Vermögensformen mit Ausnahme des Grundvermögens, erfasste. Parallel dazu erfolgte eine gigantische *Vermögensumschichtung*, wovon vor allem Unternehmen und private Haushalte im Westen profitierten, sei es auf dem Wege der Naturalrestitution, windiger Handels- und Geldgeschäfte oder der Partizipation an der Verwertung des einstigen Volksvermögens. Das Ergebnis war ein erheblich veränderter Vermögensbestand in Ostdeutschland: die Geldvermögen schrumpften infolge ihrer Umstellung im Verhältnis von 2:1⁵ bis Ende 1990 auf 135,8 Mrd. DM (Deutsche Bundesbank 1993: 22), die Zahl der Immobilien in ostdeutschem Besitz nahm ab, gleichwohl erhöhte sich aber ihr Wert (vgl. Euler 1995; Laue 1995).

Insgesamt kam es infolge der Währungsumstellung, der Restitution von Immobilien und Unternehmen sowie der westdeutsche Interessenten präferierenden Privatisierungs- und Verkaufspraxis der Treuhandanstalt zu einer relativen Verschlechterung der ostdeutschen Vermögensposition. Diese betraf vor allem das von der Treuhand verwaltete Produktiv- und Immobilienvermögen, wovon 85 Prozent „in westdeutsche Hände“ gelangte und neun Prozent ausländischen Bewerbern zufiel, aber „weniger als sechs Prozent“ an Ostdeutsche ging (Sinn 1994: 36). Betroffen hiervon war aber auch das private Immobilien- und Gebrauchsvermögen, indem dieses zum Teil der Restitution anheimfiel oder einer massiven Entwertung unterlag (vgl. Busch 1996: 107ff.). Beim Geldvermögen belief sich der Umstellungsverlust auf 65 Mrd. Mark, also rund ein Drittel des Bestandes. Bei den

⁴ Zu den unterschiedlichen Bewertungsansätzen, insbesondere des Treuhandvermögens, vgl. Busch 2000a.

⁵ Als davon abweichende Ausnahmeregelung galt, dass Rentner (über 60 Jahre) 6.000 Mark, Kinder unter 14 Jahren 2.000 Mark und alle anderen Personen 4.000 Mark zum Satz von 1:1 umtauschen konnten. Für Ausländer galt ein Kurs von 3:1 (vgl. Staatsvertrag v. 18.05.1990, Art. 10, in: BGBl. II. S. 537; Deutsche Bundesbank 1990).

anderen Vermögensformen lässt sich der Verlust nicht exakt beziffern. Dadurch hat sich der Vermögensvorsprung der westdeutschen Privathaushalte gegenüber den ostdeutschen spürbar vergrößert (vgl. die Angaben für 1990 in Tabelle 5 mit denen für 1989 in Tabelle 3). Zugleich hat sich dadurch aber auch die Ungleichheit der Vermögensverteilung insgesamt erhöht, sowohl die zwischen Ost und West als auch die innerhalb Ost- und Westdeutschlands.

Drittens vollzieht sich die Entwicklung der Vermögen seit der Vereinigung in Ost und West zwar unter analogen Bedingungen, aber ausgehend von tradierten und zudem Anfang der 1990er Jahre noch einmal zu Ungunsten der Ostdeutschen korrigierten *ungleichen* Niveaus. Dies ist von größter Bedeutung für ihre Reproduktion, wofür zwei Determinanten ausschlaggebend sind, nämlich *erstens* der Umfang und die Struktur der vorhandenen Vermögen und *zweitens* die Entwicklungsdynamik der Einkommen.

Was den ersteren Aspekt anbetrifft, so ist das West-Ost-Gefälle hier derart groß, dass allein schon dadurch eine divergente Entwicklungstendenz wahrscheinlicher ist als eine konvergente. Die Verwertung der Vermögen, die beim Geld durch den Zins, beim Produktivkapital durch Gewinne und beim Immobilien-, Haus- und Wohnvermögen durch Miete, Pacht und Grundrente bestimmt wird, sorgt für eine Eigendynamik, welche eine Angleichung unterschiedlich hoher Vermögen im Zeitverlauf beinahe unmöglich macht. Einschlägige Untersuchungen kommen deshalb auch nicht umhin, festzustellen, dass Zinserträge und andere Vermögenseinkommen „im Osten besonders niedrig“ sind (Brenke 2014: 952), wodurch die Reproduktion der Vermögen deutlich gebremst wird, da diese sich zu einem Gutteil aus den Vermögenseinkommen speist.

Die andere Quelle ist in der laufenden Ersparnis zu sehen, welche maßgeblich von der Höhe und der Dynamik der *Einkommen* abhängt. Da hier zumindest temporär, während der 1990er Jahre, im Osten ein Aufholprozess zu konstatieren war, erfolgte in dieser Zeit auch ein entsprechend spürbarer Vermögensaufbau. Dieser führte zu einer Verbesserung der Ost-West-Relation, nicht aber zu einer Verringerung der absoluten Differenz zwischen den Vermögen. Das heißt, der absolute Vorsprung, den die westdeutschen Vermögen vor den ostdeutschen hatten, blieb erhalten. Dies geht aus den von der Deutschen Bundesbank 1999 veröffentlichten Daten (vgl. Tabelle 5) klar hervor. Andere Autoren sehen hierin, indem sie sich auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS) beziehen, bereits den Beginn einer Ost-West-Angleichung der Vermögen. Dies darf jedoch bezweifelt werden, wenn man berücksichtigt, dass der Erfassungsgrad der Geldvermögen in diesen Analysen nur 46,8 % beträgt, von der EVS also nicht einmal die Hälfte der Geldvermögensbestände erfasst werden (Huster/Eissel 2000: 17). Zudem gilt für spätere Erhebungen aufgrund der Zurechnung West-Berlins zu Ostdeutschland ein gegenüber früher veränderter Gebietsstand.⁶ Diese Veränderung betrifft rd. 2,2 Millionen Personen mit einer westdeutschen Vermögenshistorie, was nicht ohne Auswirkungen auf das Vermögensniveau bleibt. Außerdem schlagen sich Wanderungsbewegungen und Pendlereinkommen in der Vermögensstatistik nieder und bewirken Korrekturen in der Ost-West-Relation, die nicht oder nicht ausschließlich aus der ostdeutschen Vermögensreproduktion und Einkommensentwicklung erklärbar sind. Wir haben es hier vielmehr mit statistischen Verzerrungen zu tun, die einer besonderen Interpretation bedürfen.

⁶ Berlin West zählte mit seinen rund 2,2 Millionen Einwohnern statistisch bisher zu Westdeutschland, wird neuerdings aber Ostdeutschland zugerechnet. Diese Korrektur bleibt auf Westdeutschland ohne nennenswerten Einfluss, ist aber für die neuen Bundesländer mit nur 12,5 Millionen Einwohnern von erheblicher Relevanz. Die Einwohnerzahl Westberlins entspricht der von Sachsen-Anhalt und übersteigt die von Thüringen und von Mecklenburg-Vorpommern. Bedeutsamer noch als die Einwohnerzahl ist aber die damit verbundene Verschiebung in den Einkommen und den Vermögen, da diese in Berlin-West erheblich höher sind als in den fünf ostdeutschen Flächenländern und in Berlin-Ost.

Tabelle 5: Vermögen und Verpflichtungen privater Haushalte in West- und Ostdeutschland je Einwohner 1990 und 1997 (in DM)

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Ost-West-Relation in %	
	1990	1997	1990	1997	1990	1997
Immobilien	77.500	98.200	11.000	35.400	0,14	0,36
Geldvermögen	48.400	75.100	8.500	22.900	0,18	0,30
Gebrauchsvermögen	15.900	20.900	7.100	14.500	0,45	0,69
<i>Insgesamt</i>	141.900	194.300	26.500	72.800	0,19	0,37
Verpflichtungen	17.100	26.200	900	5.000	0,05	0,19
<i>Reinvermögen</i>	124.800	168.100	25.600	67.800	0,21	0,40

Quelle: Deutsche Bundesbank 1999: 47; eigene Berechnungen. Datenstand: jeweils Jahresende.

Viertens gehört es zu den Charakteristika einer kapitalistischen Marktwirtschaft, dass die ökonomische und soziale Differenzierung und damit die Polarisierung des stofflichen und finanziellen Reichtums im Zeitverlauf zunehmen und folglich die Ungleichheit generell wächst. Diese Tendenz jedoch setzt sich, wie Piketty (2014) zeigen konnte, diskontinuierlich, in Abhängigkeit von den konkreten historischen Bedingungen und vom Wirtschaftswachstum, durch. Auch trägt die Politik nicht unerheblich zu ihrer Verstärkung oder ihrer Korrektur bei.

Gegenwärtig erleben wir eine Zeit verstärkter Vermögenskonzentration und ökonomischer wie sozialer Polarisierung, worin sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung permanent vergrößert. Bemerkenswert ist jedoch, dass dies weniger für die Unterschiede zwischen den Kontinenten und den Staaten gilt, umso mehr aber für die Differenzierung *innerhalb* einzelner, auch verhältnismäßig reicher, Volkswirtschaften. Die Diskussion um das „Ein-Prozent-Problem“ in den USA, in Deutschland und in anderen Ländern Europas ist dafür symptomatisch: Weltweit verfügte 2009 das reichste Perzentil der Bevölkerung über 44 % des globalen Reichtums. 2014 waren es bereits 48 % und 2016 werden es, der britischen Hilfsorganisation *Oxfam* zufolge, mehr als 50 % sein. Aber auch unter den Reichen nimmt die Polarisierung zu: die 80 reichsten Familien besitzen inzwischen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also rund 3,5 Milliarden Menschen (Sauer 2015: 8).

Wie sieht es diesbezüglich in Deutschland aus? Bereits der erste *Armut- und Reichtumsbericht* stellte fest, dass das Vermögen hierzulande „sehr ungleichmäßig“ verteilt ist (Bundesregierung 2001: 44). Dabei bildet die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland eine besondere Facette der allgemeinen Ungleichheit. Im Bericht wird davon ausgegangen, dass die Vermögenssituation der privaten Haushalte in Ost und West „sehr unterschiedlich“ sei, und zwar „auf lange Sicht“. 1998 belief sich das Nettovermögen der privaten Haushalte im Beitrittsgebiet im Durchschnitt auf 34,8 % des Vermögens im früheren Bundesgebiet (47f.). Die nachfolgenden Berichte bestätigten diese Relation, indem sie die relative Stabilität des West-Ost-Gefälles bei den privaten Vermögen dokumentieren. So gelangte der zweite Bericht zu dem Ergebnis, dass sich die Ost-West-Relation der Vermögen bis 2003 auf 0,40 verbessert habe (Bundesregierung 2005: 27). Dies wird vor allem auf einen überdurchschnittlichen Anstieg ostdeutscher Immobilienvermögen zurückgeführt (ebd.: 40). Nichtsdestotrotz ist die absolute Differenz von durchschnittlich 89.200 DM, gegenüber 83.600 DM fünf Jahre zuvor, angewachsen.

Der vierte *Armut- und Reichtumsbericht* betont ebenfalls die nach wie vor „sehr ungleiche Verteilung der Privatvermögen“ in Deutschland sowie die Fortexistenz „erheblicher Unterschiede“ zwischen Ost und West (Bundesregierung 2013: 343). Die Ost-West-Relation bei den Nettogesamt-

vermögen wird hier für 2008 mit 0,42 angegeben, die der Nettogeldvermögen mit 0,54 und die der Verkehrswerte der Immobilien mit 0,38. Dies spricht für eine regionale Angleichung der Vermögensbildung. Die Begründung dafür bleibt jedoch unklar, denn weder sind im maßgeblichen Zeitraum im Osten die Einkommen nennenswert schneller gestiegen als im Westen noch ist hier von einer höheren Ersparnis⁷ auszugehen (vgl. Goebel/Habich/Krause 2009: 126f.). Da verwundert es nicht, wenn andere Untersuchungen zu davon abweichenden Resultaten kommen: So konstatiert zum Beispiel die Hans-Böckler-Stiftung im Ost-West-Vergleich eine *divergente* Vermögensentwicklung. Danach sind zwischen 2002 und 2007 die durchschnittlichen Nettovermögen in Westdeutschland um 11,6 % gestiegen, während sie im Osten einen Rückgang von 9,7 % verzeichneten (HBS 2009). Dieser resultiert einerseits aus dem Wertverlust ostdeutscher Immobilien, andererseits bewirkte die hohe Arbeitslosigkeit, dass die Ersparnisse der 35- bis 65-Jährigen im Durchschnitt gesunken sind. Die Folge ist, dass sich die „Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland“ seit 2002 nicht verringert, sondern, ganz im Gegenteil, weiter „vergrößert“ haben und Ostdeutschland relativ zu Westdeutschland „zusehends verarmt“ (Frick/Grabka 2009: 54). Diese Aussage findet in einschlägigen Analysen zur Armut in den alten und den neuen Bundesländern, zur Armutsgefährdung und zur besonders im Osten drohenden Altersarmut ihre Bestätigung. Auch trägt das relativ niedrige Lohnniveau in den neuen Ländern – 2012 verdienten hier zwischen 30,7 und 34,9% aller abhängig Beschäftigten weniger als 8,50 Euro die Stunde (IAQ 2015) – zur sozialen Polarisierung bei, ganz sicher aber nicht zu einer Konvergenz der Vermögensverhältnisse.

Aktuelle Analysen zur Vermögensentwicklung

Für das zurückliegende Jahrfünft liegen keine vergleichbaren Daten zur Entwicklung der privaten Vermögen in Deutschland vor, so dass keine konsistente Zeitreihe erstellt werden kann. Die in den einschlägigen Analysen verwendeten Daten resultieren größtenteils aus Befragungen und sind daher mit großen Unsicherheiten behaftet (vgl. Frick/Grabka/Hauser 2010; Faik 2014). So erlaubt der Erfassungsgrad, der z.B. beim Geldvermögen weniger als 50 % beträgt, keine validen Rückschlüsse auf den tatsächlichen Umfang der Vermögen. Außerdem ist bei hohen Vermögen häufig mit Auskunftsverweigerungen und Falschaussagen zu rechnen, so dass kein wirklichkeitstreu statistisches Abbild der Lage entsteht.⁸

Angesichts fehlender Daten behilft man sich in der Praxis mit *Indizien*, z.B. indem Vermögenseinkommen für Rückschlüsse über den Vermögensumfang herangezogen werden (vgl. DIW 1996/29; DIW 1999/30; Becker 2012: 614; Grabka/Westermeier 2014: 154ff.). Um Aussagen über die Vermögensentwicklung in Ost- und Westdeutschland zu treffen, können auch die auf Individuen bezogene Vermögensstatistik des DIW und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS 2013) ersatzweise herangezogen werden. Beide Datensätze erlauben in bestimmtem Maße Rückschlüsse auf die soziale und die regionale Vermögensdifferenzierung.

⁷ Die PHF-Studie der Bundesbank gelangte zu dem Ergebnis, dass der überwiegende Teil der privaten Haushalte in Ost und West spart, aber in unterschiedlicher Höhe. So wird für Ostdeutschland im Mittel von einem jährlichen Nettosparbetrag von 860 Euro ausgegangen, im Westen aber von 4.520 Euro. Die Medianwerte werden mit 470 Euro bzw. 1.850 Euro angegeben (Deutsche Bundesbank 2013b: 50). Die große Differenz ist absolut logisch und erklärt sich gleichermaßen aus dem Vermögensvorsprung der westdeutschen Haushalte wie aus der Differenz der für die Ersparnisbildung relevanten disponiblen Einkommen. Ein Aufholen ist unter diesen Bedingungen schlicht unmöglich (vgl. Busch 2000b).

⁸ Piketty geht davon aus, dass die auf Umfragen gestützten Erhebungen „die Höhe der größten Vermögen zu gering veranschlagen“. Hinzu kommt, dass ein Teil dieser Vermögen in Steueroasen versteckt ist und daher überhaupt nicht erfasst wird. Der Umfang wird auf acht bis zehn Prozent des weltweiten BIP geschätzt, also auf 8 bis 9 Billionen USD. Der wirkliche Reichtum ist daher ungleich höher als der statistisch ausgewiesene (Piketty 2014: 338ff., 623).

Tabelle 6: Individuelle Vermögen in West- und Ostdeutschland 2002, 2007 und 2012: durchschnittliche Höhe in Euro*

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012
Selbstgenutztes Wohneigentum	147.627	149.276	151.356	87.499	80.785	87.338
Sonstige Immobilien	188.034	196.690	170.498	60.150	46.945	62.921
Geldvermögen	24.540	30.177	31.737	12.892	13.281	17.198
Versicherungen/Bausparverträge	21.899	22.061	20.288	10.072	10.322	12.164
Betriebsvermögen	231.670	251.535	208.442	118.368	98.320	118.662
Sachvermögen/Wertsachen	17.614	24.344	15.824	22.975	8.776	11.713
Bruttovermögen	147.755	150.592	148.368	61.426	55.001	67.287
Schulden	56.325	56.188	54.445	36.087	30.557	30.936

* Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren, die im Besitz der jeweiligen Vermögensart sind, Vermögen je Vermögensbesitzer (Mittelwert).

Quelle: Frick/Grabka 2009: 60; Grabka/Westermeier 2014: 159, eigene Darstellung.

Aus Tabelle 6 geht hervor, dass sich die während der 1990er Jahre beobachtete tendenzielle Angleichung der Vermögen der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland im zweiten Jahrzehnt der deutschen Einheit nicht fortgesetzt hat. Beim Wohn- und Immobilienvermögen haben sich die Ost-West-Relationen von 0,59 bzw. 0,32 (2002) auf 0,58 bzw. 0,37 (2012) verändert, beim Geldvermögen von 0,53 (2002) auf 0,54 (2012) und beim Bruttogesamtvermögen von 0,42 (2002) über 0,37 (2007) auf 0,45 (2012). Dies deutet insgesamt auf eine Stagnation im Angleichungsprozess hin, nicht aber auf Konvergenz. Das Fazit, wonach die Vermögensungleichheit in Deutschland „auf hohem Niveau verharrt“ (Grabka/Westermeier 2014: 153), gilt auch für das West-Ost-Gefälle.

Tabelle 7: Geld- Immobilienvermögen und Schulden privater Haushalte in Ost- und Westdeutschland (in Euro)

	Früheres Bundesgebiet ¹			Ostdeutschland ²			O-W-Relation in %		
	2003	2008	2013	2003	2008	2013	2003	2008	2013
Immobilien Verkehrswerte	122.600	109.100	119.600	47.500	41.000	44.900	38,7	37,6	37,5
Nettogeldvermögen	42.100	50.000	48.800	21.900	26.700	28.600	52,0	53,4	58,6
Bruttogesamtvermögen	166.100	161.200	170.800	70.700	69.700	75.800	42,6	43,2	44,4
Schulden	29.200	29.100	30.500	16.000	15.200	14.600	54,8	52,2	47,9
Nettogesamtvermögen	136.900	132.000	140.300	54.700	54.600	61.200	40,0	41,4	43,6

1) 2003 und 2008 mit Berlin-West, 2013 ohne Berlin.

2) 2003 und 2008 mit Berlin-Ost. 2013 neue Länder plus Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014 (EVS); eigene Berechnungen.

Die EVS-Daten in Tabelle 7 legen dagegen auf den ersten Blick eine erstaunliche Konvergenz nahe, indem die Niveaurelationen des Brutto- und des Nettogesamtvermögens 2008 die 40-Prozent-Hürde überstiegen und sich seitdem weiter verbessert haben. Aber dies täuscht, denn in den Daten für Ostdeutschland ist jetzt West-Berlin mit enthalten, wodurch sich die Anzahl der erfassten Haushalte gegenüber den Vorjahren um 1.286.000 oder 17,6 % erhöht hat. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gegeben. Vielmehr gilt die Feststellung, dass auch fünfundzwanzig Jahre nach der Vereinigung „immer noch ein starkes Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland“ besteht, ebenso zwischen West- und Ost-Berlin. Dies zeigt sich u.a. darin, dass das durchschnittli-

che Nettovermögen der Ostdeutschen um mehr als die Hälfte geringer ist, als das der Westdeutschen bzw. dieses mehr als das Doppelte des Vermögens der Ostdeutschen beträgt. Berücksichtigt man zudem, dass in den EVS-Daten die hohen Vermögen tendenziell untererfasst sind, diese sich aber fast ausnahmslos im Westen befinden, so wird einsichtig, dass die obige Rechnung „das Ausmaß an Vermögensungleichheit unterschätzt“ (Grabka/Westermeier 2014: 157). Insgesamt ist für das zurückliegende Jahrzehnt von einer Stagnation des Konvergenzprozesses der Vermögensverhältnisse auszugehen und bei Berücksichtigung aller Determinanten von einem Fortbestehen des West-Ost-Gefälles. Dafür sprechen auch die um zehn bis zwanzig Prozentpunkte geringeren Einkommen sowie die um zwei bis drei Prozentpunkte niedrigere Sparquote in den neuen gegenüber den alten Bundesländern.

Zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts gehörten dem reichsten Dezil der privaten Haushalte in Deutschland mehr als 66 % des Geldvermögens und mindestens 60 % des Nettoimmobilienvermögens (Deutsche Bundesbank 2012: 45). Beim Produktivvermögen ist der Konzentrationsgrad noch viel höher: hier sind es nur vier Prozent der Haushalte, auf welche sich das gesamte Betriebsvermögen konzentriert (Grabka/Westermeier 2014: 158). Dies erlaubt den Schluss, dass die Vermögensverteilung in Deutschland ein beachtliches Maß an Ungleichheit aufweist. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,78 (0,77 in West- und 0,79 in Ostdeutschland) belegt Deutschland auch im internationalen Vergleich inzwischen einen der vordersten Plätze (ebd.: 157). Das oberste Dezil hat *mehr als zwei Drittel* des gesamten Privatvermögens an sich gebunden, gut die Hälfte davon besitzt das „oberste 1 Prozent“ (Wehler 2013: 73).

Die Ungleichheit nimmt in Deutschland ganz offensichtlich zu und die West-Ost-Diskrepanz der Vermögensverhältnisse ist Teil derselben. Auch wenn sich dies statistisch nur unvollkommen nachweisen lässt, so wird es doch plausibel, wenn man die Daten zur Vermögensentwicklung mit der Zunahme der Ungleichheit bei der personellen und regionalen Vermögensverteilung in Beziehung setzt. Die Ausgangswerte dafür bilden die Daten in Tabelle 1: Geht man davon aus, dass gut zwei Drittel des Gesamtvermögens auf das oberste Dezil entfallen, 40 % auf die reichsten 2,5 Prozent und rund ein Drittel auf das oberste Perzentil (vgl. Piketty 2014: 718), so folgt allein schon hieraus infolge der ungleichmäßigen *regionalen* Verteilung des Reichtums in Deutschland eine markante Ost-West-Diskrepanz: Der Reichtum ist im Westen konzentriert, während der Osten relativ arm ist. Stellt man darüber hinaus den Vermögensvorsprung der westdeutschen Privathaushalte zum Zeitpunkt der Vereinigung in Rechnung, zudem die Zugewinne aus der Neuverteilung des DDR-Vermögens nach 1990, und, im Gegensatz dazu, die verhältnismäßig geringen Einkommen, die niedrige Sparquote und die geringeren Verkehrswerten der Immobilien im Osten, so folgt hieraus unabweislich ein beachtliches West-Ost-Gefälle bei den privaten Vermögen. Dies stimmt mit den Eindrücken tagtäglicher Wahrnehmung und mit den Erfahrungen der Menschen überein. Eine Tendenz zur Angleichung lässt sich hieraus beim besten Willen nicht abzuleiten, eher die Zementierung der Unterschiede, wie sie auch bei anderen ökonomischen Daten fünfundsiebenzig Jahre nach der Vereinigung zu konstatieren ist.

Top-Vermögende sind Westdeutsche

In Deutschland wie auch anderswo weisen die Vermögensstatistiken große Lücken auf. Dies betrifft insbesondere die Repräsentation der Top-Vermögenden und Superreichen, die in den auf Befragungen basierenden Datensammlungen (SOEP, EVS) faktisch nicht vorkommen und über deren Ver-

mögen man auch sonst sehr wenig weiß (vgl. Huster/Eissel 2000).⁹ Da hier jedoch ein Großteil des Gesamtvermögens konzentriert ist, wird dadurch das wahre Ausmaß der Vermögensungleichheit systematisch unterschätzt.¹⁰ Versuche, dem durch gezielte Befragungen (vgl. Deutsche Bundesbank 2013b) oder ökonometrische Schätzungen (Westermeier/Grabka 2015) zu begegnen, gelangten zu erstaunlichen Resultaten, was nicht ohne Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit vorliegender Verteilungsrechnungen bleibt. Diese betreffen nicht nur den Umfang des Gesamtvermögens, indem dieser dadurch deutlich nach oben korrigiert wird, sondern auch die personelle Vermögensverteilung sowie die Durchschnitts- und Medianwerte der Haushaltsnettovermögen.

Aktuellen Recherchen zufolge beträgt die Anzahl der Euro-Millionärshaushalte in Deutschland 1.051.254; die Zahl der Haushalte mit einem Nettovermögen von mehr als drei Millionen Euro beträgt 239.407. Das entspricht 2,6 bzw. 0,6 % aller Haushalte (ebd.: 126). Zur weiteren Untergliederung der Vermögenskonzentration ist es üblich, Größen für das 90., das 95. und das 99. Perzentil auszuweisen. Danach entfallen auf die reichsten *zehn Prozent* aller Haushalte 63 bis 74 %, auf die reichsten *fünf Prozent* 52 bis 57 % und auf das reichste *ein Prozent* zwischen 31 und 34 % der Nettovermögen. Die Superreichen, das reichste *0,1 Prozent* der Haushalte, verfügt über einen Anteil von 14 bis 17 % am Nettovermögen (ebd.: 131). Veranschlagt man dieses für 2010 auf 7,742 Billionen Euro (lt. Deutsche Bundesbank) bzw. 8,682 Billionen Euro (lt. Arbeitskreis VGR der Länder), so folgt daraus, dass auf das reichste *eine Prozent* aller Haushalte ein Vermögen von mehr als drei Billionen Euro entfällt und auf das *Top-0,1 Prozent* ein Vermögen von mehr als 1,3 Billionen Euro. Auf die im *Forbes*-Magazin zuletzt aufgeführten 55 deutschen Milliardäre entfielen 2013 knapp 230 Milliarden Euro oder 2,8 % des Gesamtvermögens (ebd. 127). Das bedeutet, dass die tatsächliche Vermögensungleichheit in Deutschland, sofern man den „obersten Rand“, der in der offiziellen Statistik komplett außen vor bleibt, mit berücksichtigt, *deutlich größer* ist, als bislang angenommen.

Eine differenzierte Betrachtung nach Regionen zeigt signifikante Unterschiede im Vermögensbestand, vor allem zwischen Ost- und West-, aber auch zwischen Nord- und Süddeutschland. Die vermögendsten Haushalte befinden sich in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die mit den geringsten Vermögen erwartungsgemäß in den neuen Ländern sowie, mit einigem Abstand, in Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In den drei reichsten Bundesländern beträgt das Median-Nettovermögen 106.000 Euro, in Ostdeutschland (mit Berlin) sind es dagegen nur 21.400 Euro, in den nord-west-deutschen Ländern immerhin noch doppelt so viel, 41.400 Euro (Deutsche Bundesbank 2013b: 33f.).

Einen weiteren Hinweis auf die Existenz erheblicher Unterschiede zwischen Ost und West bietet die Untersuchung über die Wohnorte vermögender Deutscher, die 2014 vom *Manager Magazin* veröffentlicht wurde. Danach residieren von den 500 reichsten Familien Deutschlands 44 in Hamburg, 36 in München, 16 in Düsseldorf, 10 in (West-)Berlin, 8 in Mannheim usw., aber *keine einzige* in den neuen Bundesländern (Manager Magazin spezial 2014). Überhaupt sind von den 19.000 Multimillionären (mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen USD) und den rund einhundert Milliardären der Bundesrepublik die allerwenigsten in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) ansäs-

⁹ Dieses Informationsdefizit ist nicht neu. Schon früher wurde darüber geklagt, dass man über die Reichen faktisch nichts weiß, weder darüber, „in wessen Händen die großen Vermögen liegen“ noch „wie steil das Gefälle der Vermögenspyramide“ wirklich ist (Jungblut 1971: 29).

¹⁰ Die erhebliche Unterschätzung des Reichtums der Vermögenden ist ein genereller Mangel aller sich auf Umfragen stützenden Erhebungen. Dies beklagt auch Piketty (2014: 338), wobei er hinzufügt, dass „wirklicher Reichtum“ immer „aus Finanzaktiva und Betriebsvermögen“ besteht (ebd.: 341), aus Formen also, die sich ohnehin durch Intransparenz auszeichnen. Ein beträchtlicher Teil des globalen Finanzvermögens, mindestens acht Prozent, ist in Steueroasen versteckt (Rilling 2014: 87), während das Betriebsvermögen durch alle möglichen Bilanzierungstricks zumeist einer realen Bewertung entzogen und dadurch entschieden zu gering veranschlagt wird.

sig. Und selbst diese wenigen kommen „aus dem Westen“, ebenso wie die wenigen erfolgreichen Ostfirmen „westdeutschen Familien“ gehören (Kaiser 2014). Wie hoch deren Reichtum ist, lässt sich nicht exakt ermitteln. Denn in der westdeutschen Vermögensstatistik sind sie größtenteils nicht erfasst. Hier klaffen seit jeher „auffällig große Lücken“ (Wehler 2013: 83; vgl. Jungblut 1971). Schon 1993 konnte das Statistische Bundesamt nur 15 % der Vermögen von über 2,5 Millionen DM „einigermaßen exakt“ identifizieren. Nach Aussetzung der Vermögensteuer entfiel auch die Vermögensstatistik, so dass der Umfang der großen Vermögen heute zu den bestbehütetsten Geheimnissen gehört. Hinzu kommen die in Steueroasen versteckten Milliarden, die ohnehin in keiner Statistik auftauchen. Da es sich hierbei überwiegend um westdeutsches Kapital handelt, verstärkt sich dadurch das West-Ost-Gefälle zusätzlich. Schließlich geht es hier nicht um kleine Summen, sondern um Hunderte von Milliarden Euro, die bei den Analysen zur Vermögensverteilung komplett außen vor bleiben.

Tabelle 8: Brutto- und Nettovermögen sowie Verschuldung nach Regionen (2013) in Euro

	Alle Haushalte	Region Ost	Region West	BY, BW, H	10. Dezil 90-100 %
Bruttovermögen (Mittelwert)	222.200	83.570	260.280	283.580	783.720
Bruttovermögen (Median)	67.900	25.730	102.430	130.070	405.340
Nettovermögen (Mittelwert)	195.170	67.480	230.240	251.990	692.410
Nettovermögen (Median)	51.360	21.440	78.910	105.750	321.680
Realvermögen (brutto)					
- Bedingter Mittelwert	218.280	82.180	249.810	244.930	622.330
- Bedingter Median	89.200	20.100	115.420	125.300	312.400
Finanzvermögen (brutto)					
- Bedingter Mittelwert	47.440	26.310	53.220	65.670	164.740
- Bedingter Median	17.110	8.530	20.600	30.420	86.300
Selbstgen. Wohneigentum					
- Bedingter Mittelwert	205.760	107.450	225.050	238.820	331.330
- Bedingter Median	168.000	80.000	184.000	194.000	252.000
Sonstige Immobilien					
- Bedingter Mittelwert	256.460	108.480	278.420	253.800	481.470
- Bedingter Median	115.000	50.000	123.840	122.000	199.600
Betriebsvermögen					
- Bedingter Mittelwert	333.750	95.240	366.960	207.140	495.730
- Bedingter Median	20.000	8.400	29.100	26.100	73.000
Fahrzeuge/wertvolle Gegenstände					
- Bedingter Mittelwert	12.980	7.860	14.100	14.950	24.730
- Bedingter Median	7.780	5.000	8.000	9.000	16.400
Verschuldung					
- Bedingter Mittelwert	56.990	35.200	62.700	66.130	140.890
- Bedingter Median	12.620	8.660	15.000	15.340	97.180

Quelle: Deutsche Bundesbank 2013b: 40ff.; eigene Darstellung.

Stagnation im Angleichungsprozess statt Konvergenz

Heute, 25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, entsteht verbreitet der Eindruck, die Integration Ostdeutschlands sei abgeschlossen, die Nation in Frieden geeint und die bestehenden Disparitäten zwischen den beiden Landesteilen lediglich regionale Unterschiede, wie

es sie in Deutschland immer gegeben hat und „immer geben wird – zwischen Nord und Süd genauso wie zwischen Ost und West“ (BMWi 2014: 7). Die Bundesregierung propagiert diese Lesart, um nicht zugeben zu müssen, dass die Integration der neuen Länder auch ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung nur partiell geglückt ist, in Vielem aber nicht abgeschlossen und in einigen Punkten sogar als gescheitert anzusehen ist. Statt die Defizite des Vereinigungsprozesses und die Ursachen dafür klar zu benennen, werden die wirtschaftlichen und sozialen Diskrepanzen zwischen Ost und West, alte wie neue, von der Politik bagatellisiert, geleugnet oder als „regionale Unterschiede“ fehlinterpretiert. Tatsächlich aber sind diese Unterschiede für die Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost und West von eminenter Bedeutung, bildet ihre Überwindung eine unerlässliche Voraussetzung für die Vollendung der deutschen Einheit.

Aktuellen Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Ost- und Westdeutschland zufolge ist die Situation differenziert zu beurteilen und sind die Ergebnisse der Vereinigungspolitik widersprüchlich. Dies betrifft in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung. Hier musste zuletzt selbst die Bundesregierung, trotz beachtenswerter Fortschritte seit 1990, einräumen, dass sich „die Wirtschaftsstrukturen und die damit verbundene Wirtschaftskraft [...] in Ost- und Westdeutschland noch erheblich [unterscheiden]“ (BMWi 2014: 7). Dies bestätigen auch die Analysen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) bescheinigt der ostdeutschen Wirtschaft zudem, dass sie gegenüber dem Westen „kaum noch“ aufhole und dass sich die Lage im Osten, verglichen mit der im Westen, in Anbetracht der demographischen Entwicklung in Zukunft sogar „deutlich verschlechtert“ (Brautzsch et al. 2014: 147). Der Konjunkturforscher Udo Ludwig macht als Ursachen für das Nachlassen der Dynamik und das teilweise Wiederrückfallen des Ostens hinter bereits erreichte Positionen im Aufholprozess vor allem den Rückgang von Innovationen und die Investitionsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft aus. Dadurch habe sich der „Abstand zum Westen [...] zementiert“ (Ludwig 2014). Das heißt, der Konvergenzprozess ist, lange bevor das Integrationsziel erreicht wurde, zum Stillstand gekommen. Die noch bestehenden Diskrepanzen zwischen Ost und West werden damit zur bundesdeutschen „Normalität“. Ganz sicher werden einige dieser Unterschiede, z.B. der Migrantenanteil an der Bevölkerung oder die Kinderbetreuungsquote, im Zeitverlauf rasch abnehmen, andere aber verringern sich nur sehr langsam, reproduzieren sich oder nehmen sogar zu. Zu diesen gehört die Diskrepanz der privaten Vermögensverhältnisse.

Die hierin zum Ausdruck kommende wirtschaftliche und soziale Problematik wurde von Anfang an, also bereits bei der Aushandlung der deutsch-deutschen Währungsunion im Frühjahr 1990, grob unterschätzt (vgl. Richter 2000; Busch 2005; 2010a) und als bestimmendes Moment für die Angleichung der Lebensbedingungen der Menschen in Ost und West erheblich unterbewertet. Typisch dafür ist, dass bei komparativen Analysen der wirtschaftlichen Situation wie der privaten Lebensverhältnisse bis heute das Niveau und die Dynamik der *Einkommen* im Zentrum stehen, während der Umfang, die Struktur, die Verteilung und die Dynamik der *Vermögen* nur marginale Beachtung finden. Bezeichnend dafür sind die vier *Armut- und Reichtumsberichte* der Bundesregierung, die zwischen 2001 und 2013 der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Hierin nehmen die Analysen zur Vermögensentwicklung von Mal zu Mal weniger Raum ein, obwohl gerade in dieser Hinsicht beachtenswerte Unterschiede zwischen Ost und West auszumachen sind.¹¹

¹¹ Im *ersten Armuts- und Reichtumsbericht* wurde auf den großen „Vermögensvorsprung“ der westdeutschen gegenüber den ostdeutschen Haushalten aufmerksam gemacht und betont, dass es, weil sich die Vermögensunterschiede nur „auf lange Sicht“ angleichen werden, auch künftig unverzichtbar sei, „vermögensstatistische Daten in Deutschland getrennt nach Ost und West aufzubereiten und zu analysieren“ (Bundesregierung 2001: 45ff.). Tatsächlich aber erfolgte gerade das Gegenteil, eine Vernachlässigung entsprechender Analysen und Verwischung der regionalen Unterschiede.

Für den aktuellen wie künftigen Wohlstand sind die laufenden Einkommen und die akkumulierten Vermögen gleichermaßen von Bedeutung. Mit zunehmendem Wohlstand aber wächst der Stellenwert der Vermögen. Da diese aber typischerweise sehr viel *ungleicher* verteilt sind als die Einkommen, erhöht sich die Relevanz der Vermögensverteilung für die Entwicklung des Volkswohlstandes im Zeitverlauf. Die seit den 1980er Jahren praktizierte neoliberale Politik hat die Tendenz der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen deutlich verstärkt. Dies hat dazu geführt, dass sich die Wohlstandsmehrung heute vor allem auf die vermögenden Haushalte, auf die Reichen, konzentriert und vor allem im Anstieg der Vermögen derjenigen Haushalte ihren Niederschlag findet, die ohnehin schon überproportional vermögend sind. Was wir feststellen, ist folglich eine zunehmende *Polarisierung* der Gesellschaft in Arme und Reiche.

Dieses Charakteristikum postfordistischer und neoliberaler Entwicklung erhält durch das Nebeneinander eines *reichen* Westens und eines *armen* Ostens im wiedervereinigten Deutschland eine besondere regionale Facette. Die Gründe dafür sind vielfältig: Sie wurzeln in der deutschen Teilung und der getrennten Vergangenheit ebenso wie in den Modalitäten der Wiedervereinigung, aber auch im regional differierten Einkommensniveau sowie in der Tatsache, dass die reicheren Deutschen überwiegend im Westen leben, dort heiraten, Kinder bekommen und ihr Vermögen vererben, während der Osten relativ arm bleibt. Da auf die Reichen, die Millionärshaushalte und Milliardäre, aber ein beträchtlicher Teil des Gesamtvermögens entfällt, auf das oberste Dezil rund zwei Drittel, auf das oberste Perzentil fast ein Drittel und auf die obersten 0,1 Prozent mindestens ein Sechstel (Wehler 2013: 73f.), ist der Osten in Wahrheit noch sehr viel ärmer und der Westen dem entsprechend sehr viel reicher, als es die statistischen Durchschnittswerte erkennen lassen. Damit aber ist auch das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland, wofür die Diskrepanz der Vermögensverhältnisse ein wichtiges Indiz ist, deutlich größer, und die Konvergenz mithin viel geringer, als gemeinhin angenommen und von der Politik behauptet.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist zu konstatieren, dass die Differenz zwischen den privaten Vermögen in Ost und West nicht nur immer noch beachtlich ist; sie hat sich im abgelaufenen Zeitraum auch kaum verringert. Während sich die Relation der wirtschaftlichen Leistungskraft (BIP je Einwohner) im Zeitverlauf von 0,56 (1989) bzw. 0,33 (1991) auf 0,67 (2014) verbessert hat, liegt die Vermögensrelation, sofern man Berlin herausrechnet und die Konzentration der ganz großen Vermögen im Westen berücksichtigt, derzeit immer noch bei nicht viel mehr als *einem Drittel*. Die Erklärung dafür ist einerseits in der für eine Vermögensangleichung entschieden zu geringen Konvergenz der Einkommen zu sehen. Andererseits aber spiegelt sich hierin auch die Eigendynamik der Vermögensentwicklung, ihrer Akkumulation und Reproduktion, wider. Dies ist ein Hinweis darauf, dass auch in Zukunft kaum mit einer Einebnung des West-Ost-Gefälles zu rechnen ist, sondern eher mit einer Stabilisierung desselben oder sogar mit einer divergenten Entwicklung (vgl. IAB 2014). Konkret zeigt sich dies in der ausgeprägten Persistenz von Erscheinungsformen der Vermögensdiskrepanz zwischen Ost und West, welche z.B. in der Präsenz der Top-Vermögenden und Superreichen und deren Lebensformen ihren Ausdruck findet. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass der Anteil der Reichen, die ihr Vermögen nicht selbst erwirtschaftet, sondern es größtenteils oder vollständig geerbt haben, in Westdeutschland „besonders groß“ (Kaiser/Braun 2014) ist. Hieraus folgt, dass dies auch in den kommenden Generationen so sein wird. Damit aber wird das West-Ost-Vermögensgefälle auf die nächsten Generationen übergehen, denn es ist nicht zu erwarten, dass hier durch überregionales Heiraten und Erben ein Ausgleich herbeigeführt wird.

Statistisch liegt der Mittelwert des Nettovermögens in Ostdeutschland bei 29,3 % des Mittelwertes für Westdeutschland, bezogen auf die drei reichsten Bundesländer aber sind es nur 26,8 % und

bezogen auf das oberste Zehntel der Haushalte nur 9,7 %. Bei den Medianwerten tritt das regionale Vermögensgefälle noch stärker hervor (vgl. Deutsche Bundesbank 2013b: 40f.). Dem entspricht spiegelbildlich ein hohes und weiter zunehmendes *Armutsrisiko* im Osten.¹² Eine Konvergenz der Vermögensverhältnisse zeichnet sich also nicht ab, weder für die Gegenwart noch für die Zukunft. Zumindest vorläufig spricht auch wenig für eine baldige Korrektur dieser Entwicklung.

Literatur

- Arbeitskreis VGR der Länder (2014): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für 2013, Wiesbaden.
- Bach, S. (2013): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg., 10-11, S. 15-19.
- Becker, I. (2012): Personelle Einkommensverteilung, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht, Wiesbaden, S. 597-632.
- Bedau, K.-D. (1998): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, DIW, Beiträge zur Strukturforschung, H. 173, Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (2011): Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland, Gütersloh.
- Bischoff, J. (2015): Finanzgetriebener Kapitalismus, Hamburg.
- BMWi (2014): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, Berlin.
- Brautzsch, H.-U./Exß, F./Lang, C./Lindner, A./Loose, B./Ludwig, U./Schulz, B. (2014): Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr, in: IWH: Konjunktur aktuell, Jg. 2 (3) 2014, S. 119-157.
- Brenke, K. (2014): Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens, in: DIW Wochenbericht, 81. Jg., Nr. 40, S. 939-957.
- Bundesregierung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Bundesregierung (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Busch, U. (1996): Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland, in: Berliner Debatte Initial, 7 (1996) 5, S. 103-119.
- Busch, U. (1997): Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland seit 1990, in: J. G. Backhaus/G. Krause (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S. 9-50.
- Busch, U. (1999): Vermögensdiskrepanz und „innere Einheit“, in: Das Argument Nr. 232, 41. Jg., H. 5, S. 667-672.
- Busch, U. (2000a): Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: F. Vilmar (Hg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin, S. 161-192
- Busch, U. (2000b): Der offenen Vermögensfrage erster Teil: die Illusion gleicher Lebensverhältnisse, in: H. Misselwitz/K. Werlich (Hg.): 1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Potsdam, S. 196-2012.
- Busch, U. (2005): Die Währungsunion, in: Bahrmann, H./Links, C. (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin, S. 75-92.
- Busch, U. (2010a): Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2010/II, S. 5-23.
- Busch, U. (2010b): Transferleistungen – Aufbauhilfe und Entwicklungsblocke für Ostdeutschland, in: IWH (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Von der Transformation zur europäischen Integration. Tagungsband, Halle, IWH Sonderheft 3, S. 381-400.
- Busch, U./Land, R. (2013): Teilhabekapitalismus, Norderstedt.
- Claupein, E. (1990): Vermögen und Vermögensbildungsprozesse der privaten Haushalte, Berlin.

¹² Das Armutsrisiko Ost übersteigt schon heute das westdeutsche Niveau um rund die Hälfte: 2012 waren im Osten 20 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, in Westdeutschland 14 Prozent (Bertelsmann Stiftung 2011).

- Deutsche Bundesbank (1990): Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsbericht Juli, S. 14-29.
- Deutsche Bundesbank (1993): Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland, in: Monatsbericht Oktober, S. 19-32
- Deutsche Bundesbank (1999): Zur Entwicklung der privaten Vermögenssituation seit Beginn der neunziger Jahre, in: Monatsbericht Januar, S. 33-50
- Deutsche Bundesbank (2004): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland – 1991 bis 2003. Statistische Sonderveröffentlichung 4, Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2008): Integrierte sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen für Deutschland, in: Monatsbericht Januar, S. 31-47.
- Deutsche Bundesbank (2012): Das PHF: eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland, in: Monatsbericht Januar, S. 29-46.
- Deutsche Bundesbank (2013a): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland – 2007 bis 2012. Statistische Sonderveröffentlichung 4, Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2013b): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie, in: Monatsbericht Juni, S. 25-52.
- Deutsche Bundesbank (2015): Monatsbericht Mai, Statistischer Teil, Frankfurt am Main.
- DIW (1995/25): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1994, in: Wochenbericht 25, S. 435-442.
- DIW (1996/4): Immobilienvermögen der privaten Haushalte, in: Wochenbericht 4, S. 61-72.
- DIW (1996/29): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1995, in: Wochenbericht 29, S. 487-495
- DIW (1996/30): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer, in: Wochenbericht 30, S. 497-506.
- DIW (1999/30): Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, in: Wochenbericht 30, S. 559-567.
- DIW (2003/4): Armut in West- und Ostdeutschland – ein differenzierter Vergleich, in: Wochenbericht 4, S. 61-66.
- Euler, M. (1995): Das Grundvermögen privater Haushalte, in: Sparkasse, 112. Jg., H. 8, S. 345-355.
- Faik, J. (1997): Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Glatzer, W./Kleinhenz, G. (Hrsg.), Wohlstand für alle?, Opladen, S. 179-240.
- Faik, J. (2014): Demografischer Wandel und Wohlstandsverteilung, Münster u.a.
- Frick, J. R./Grabka, M. M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW Wochenbericht, 76. Jg., Nr. 4, S. 54–67.
- Frick, J./Grabka, M. M./Hauser, R. (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte, Berlin.
- Goebel, J./Habich, R./Krause, P. (2009): Zur Angleichung von Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland, in: DIW: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 2, S. 122-145.
- Grabka, M. (2015): Die Vermögensverteilung in Deutschland und den USA, in: Berliner Debatte Initial, 26 (2015) 1, S. 63-78.
- Grabka, M. M./Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, 81. Jg., Nr. 9, S. 151-164.
- GG (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland) (2009), Berlin.
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (2009): Vermögen in Deutschland zunehmend ungleich verteilt, Düsseldorf
- Heske, G. (2005): Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970- 2000, in: Historische Sozialforschung. Supplement No. 17, Köln.
- Heske, G. (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989. Daten , Methoden, Vergleiche, in: Historische Sozialforschung. Supplement No. 21, Köln.
- Huster, E.-U. (Hg.) (1993): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt/New York.
- Huster, E.-U./Eissel, D. (2000): Reichtumsgrenzen für empirische Analysen der Vermögensverteilung, Instrumente für den staatlichen Umgang mit großen Vermögen, ökonomische, soziologische und ethische Beurteilung großer Vermögen, Forschungsprojekt im Auftrag des BMAS, Bonn.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) (2014): Entwicklung der regionalen Lohnkonvergenz in Deutschland 1993-2012, in: IAB-Kurzbericht 17/2014.
- IAQ (Institut Arbeit und Qualifikation) (2015): Der große Unterschied, in: Berliner Zeitung, 27. Januar, S. 9.
- Jungblut, M. (1971): Die Reichen und die Superreichen in Deutschland, Hamburg.
- Kaiser, A. (2014): Die reichsten Ostdeutschen sind Westdeutsche, www.manager-magazin.de/politik/deutschland/die-reichsten-ostdeutschen-sind-westdeutsche-a-996089.html (08. Oktober) (Zugriff: 05.05.2015)

- Kaiser, A./Braun, K. (2014): In Deutschland wächst der Reichtum besonders schnell, in: www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/reichtum-deutschland-hat-die-meisten-multimillionaere-in-europa-a1003974.html (20.11.) (Zugriff: 5.5.2015)
- Kollmorgen, R./Merkel, W./Wagener, H.-J. (Hrsg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.
- Krugman, P. (2002): For Richer, in: New York Times, 20. October 2002.
- Laue, E. (1995): Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik, H. 6, S. 488-497.
- Ludwig, U. (2014): Schwächeres Wachstum im Osten, in: Berliner Zeitung, 15.12.2014
- Manager Magazin Spezial (2014): Die reichsten Deutschen, Oktober-Ausgabe.
- Miegel, M. (1983): Die verkannte Revolution (1). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart.
- Müller, E. (1987): Der Nationalreichtum, Berlin.
- Münnich, M. (2000): Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1, in: Wirtschaft und Statistik, 9, S. 679-691.
- Münnich, M. (2001): Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2, in: Wirtschaft und Statistik, 2, S. 121-137.
- Piketty, M. (2014): Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert, München.
- Ragnitz, J. (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall: Anmerkungen zum Stand der Deutschen Einheit, in: ifo Dresden berichtet, 5, S. 44-47.
- Richter, E. (2000): Vermögen der Ostdeutschen: Verlust und mögliche Neubildung, in: Vilmar, F. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin, S. 193-221.
- Rilling, R. (2014): Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 59. Jg., Heft 11, S. 81-91.
- Ring, A. M. (2000): Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main u.a.
- Sauer, S. (2015): die zwei Seiten einer Medaille, in: Berliner Zeitung, 20.01., S. 8.
- Schultz, H. (2015): Zur Transformation des Sozialstaats, in: Thomas, M./Busch, U. (Hrsg.), Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 39.2, Berlin, S. 381-402
- Schwarzer, O. (1995): Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945 – 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1995, S. 119-146.
- Sinn, G./Sinn, H.-W. (1992): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen
- Sinn, H.-W. (1994): Magere Erlöse, in: Wirtschaftswoche, Nr. 1-2, 7.1.1994, S. 36-40.
- Statistisches Amt der DDR (1990): Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin
- Statistisches Bundesamt (2014): Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 2 (EVS 2013), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt/Deutsche Bundesbank (2014): Vermögensbilanzen 1999-2013, Wiesbaden
- Stiglitz, J. (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt am Main.
- Thiemann, C. (1996): Aufbau von kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Tübingen.
- Verfassung der DDR (1980) vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Verfassung vom 7. Oktober 1974, Berlin.
- Wehler, H.-U. (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München
- Westermeier, C./Grabka, M. M. (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, 82. Jg., Nr. 7, S. 123-133.

Erstveröffentlichung in:

Ulrich Busch/Michael Thomas: Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 42, *trafo* Wissenschaftsverlag Berlin 2015, S. 165-188.